

Aus einem Bericht der WASHINGTON POST, der von unseren Medien kaum beachtet wurde, geht hervor, dass die USA ihre insgeheim begonnenen direkten Gespräche mit der Taliban-Führung über Schritte zur Beendigung des Afghanistan-Krieges intensivieren.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 085/11 – 22.05.11**

Die USA intensivieren direkte Gespräche mit den Taliban

Von Karen DeYoung

THE WASHINGTON POST, 17.05.11

(http://www.washingtonpost.com/world/national-security/us-speeds-up-direct-talks-with-taliban/2011/05/16/AFh1AE5G_story.html)

Die US-Regierung hat die direkten Gespräche mit den Taliban, die vor mehreren Monaten begannen, intensiviert; US-Offizielle hoffen, dass Präsident Obama deshalb schon über Fortschritte in Richtung auf eine Beendigung des Afghanistan-Krieges berichten kann, wenn er im Juli den beginnenden Truppenabzug verkündet.

Ein führender afghanischer Offizieller teilte mit, ein Vertreter der USA habe sich in Katar und in Deutschland mindestens dreimal mit einem dem Taliban-Führer Mohammad Omar nahestehenden Taliban-Unterhändler getroffen, das letzte Mal vor "acht oder neun Tagen".

Michael A. Hammer, der Sprecher des US-Außenministerium, lehnte am Montag ab, sich zu der Aussage des afghanischen Offiziellen zu äußern, ließ aber wissen, dass die USA "in Afghanistan und in der gesamten Region eine ganze Reihe von Kontakten auf verschiedenen Ebenen geknüpft" hätten. Er wollte aber keine Einzelheiten über diese Kontakte mitteilen.

Die Gespräche werden mehrgleisig geführt, auch über Vermittler nichtstaatlicher Organisationen und unter Einschaltung arabischer und europäischer Regierungen. Die Taliban haben ihr Interesse an direkten Verhandlungen mit den USA bekundet und nach US-Angaben angeboten, zu diesem Zweck eine politische Vertretung in Katar einzurichten, die für Treffen genutzt werden könnte.

Ein gegen Ende letzten Jahres gestarteter Versuch, ins Gespräch mit den Aufständischen zu kommen, scheiterte, weil ein zu diesem Zweck von der NATO heimlich nach Kabul geflogener angeblicher Taliban-Führer sich als Schwindler herausstellte. "Das möchten wir uns nicht noch einmal antun," sagte ein führender Repräsentant der Obama-Regierung (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP22410_261110.pdf).

Vorher durchgeführte Treffen zwischen Vertretern der afghanischen Regierung und Taliban-Unterhändlern waren abgebrochen worden, weil sich die verhandelnden Aufständischen nicht als beauftragte Vertreter der Taliban-Führung legitimieren konnten.

Die Obama-Regierung ist sich aber "ziemlich sicher", dass mit den jetzt geknüpften Kontakten tatsächlich eine direkte Verbindung zu (Taliban-Führer Mullah) Omar und der in Pakistan tagenden Quetta Shura (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Quetta_Shura) – dem Führungsgremium der Taliban, das er leitet – hergestellt werden konnte; das bestätigte einer von mehreren US-Offiziellen, die nur unter der Bedingung, das sie anonym blieben, über die streng geheimen Bemühungen berichteten.

Die US-Offiziellen betonten, die Gespräche hätten nur "vorbereitenden Charakter". Die "Sondierungsgespräche", über die das Magazin THE NEW YORKER erstmals im Februar berichtete, hätten aber bedeutend an Substanz gewonnen und zeigten, dass beide Seiten zu ernsthaften Verhandlungen kommen wollten.

Gerüchte über die Gespräche haben in den letzten Wochen einen reißenden Strom der Kritik bei den politischen Gegnern des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai losbrechen lassen; sie werfen ihm vor, dass er damit die afghanische Demokratie aufs Spiel setze. In ihrem eifrigen Bestreben, Verhandlungen in Gang zu setzen, reagierten Vertreter der (US-)Regierung positiv auf diese Kritik, weil sie darin den Beweis dafür sehen, dass die Afghanen beginnen, die Idee von Verhandlungen ernst zu nehmen.

Ein US-Offizieller sagte, die Taliban müssten sowohl mit der afghanischen Regierung als auch mit den USA sprechen, wenn die Verhandlungen zu einem spürbaren Rückgang der Gewalt und zu einer für sie akzeptablen Teilhabe an der politischen Macht in Afghanistan führen sollen.

Ein solches Ergebnis ist nach Meinung US-Offizieller wahrscheinlich erst in einigen Jahren zu erzielen. Sie betonten, die USA beharrten auch weiterhin darauf, dass substantielle Vereinbarungen letztlich zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung getroffen werden müssten. Die Afghanen seien vollständig über die Kontakte zwischen den USA und den Taliban informiert worden, die Pakistaner nur teilweise.

US-Offizielle ließen verlauten, das Haqqani-Netzwerk, eine Gruppe afghanischer Kämpfer, die von den Stammesgebieten der im Norden Pakistans gelegenen Provinz Wasiristan aus operiert und von der US-Regierung als besonders brutal und unversöhnlich eingeschätzt wird (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Haqqani-Netzwerk>), sei nicht in die Gespräche einbezogen.

US-Offizielle vertraten die Meinung, die Tötung Osama bin Ladens durch einen US-amerikanischen Kommandotrupp Anfang dieses Monats werde den Fortgang der Gespräche, die schon vor dem Tod bin Ladens begonnen haben, erleichtern. In einer am 18. Februar gehaltenen Rede hatte (US-)Außenministerin Hillary Rodham Clinton bereits mitgeteilt, dass die USA und die afghanische Regierung nicht mehr auf einem öffentlich verkündeten Bruch der Taliban mit Al-Qaida als Vorbedingung für den Beginn von Gesprächen bestünden. Eine solche Erklärung könnte auch am Ende der Verhandlungen erfolgen.

Nach dem Willen der Regierungen der USA und Afghanistans muss der Verhandlungsprozess dazu führen, dass die Taliban auf Gewaltanwendung verzichten und sich bereit erklären, die afghanische Verfassung anzuerkennen, einschließlich der Rechte der Frauen und der Minderheiten und der Gesetze des Landes.

Auf die Frage, was Obama im Juli verkünden könnte, sagte ein US-Offizieller, der Präsident werde keinesfalls Einzelheiten aus den Gesprächen mitteilen, sondern seine Äußerungen eher allgemein halten. Er werde wahrscheinlich sagen: "Ich habe einen Plan für den Abzug der Truppen aus Afghanistan und eine Vision für die Zukunft des Landes. Wie Außenministerin Clinton schon angekündigt hat, haben wir auf diplomatischem Weg unsere Bereitschaft zu Gesprächen mit dem Feind erklärt. ... Ich möchte dem (US-)amerikanischen Volk mitteilen, dass wir diese Politik gerade umsetzen."

Auch die Taliban haben nach Auskunft eines anderen US-Offiziellen eine Liste ihrer Forderungen, von denen die meisten schon seit Jahren erhoben werden, in die Gespräche eingebracht. Sie fordern u. a. die Freilassung von bis zu 20 gefangenen

Kämpfern, die in der Guantanamo Bay auf Kuba festgehalten werden; acht dieser Gefangenen seien von "hohem Wert" für die USA, und gegen zwei von ihnen werde bereits ein Gerichtsverfahren vor einer Militärkommission vorbereitet. Außerdem fordern die Taliban den Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan und eine umfassende Garantie, dass sie substanziell an der afghanischen Regierung beteiligt werden.

Die von den Taliban vorgeschlagene Einrichtung einer ständigen Vertretung (in Katar) hat nach Aussage eines US-Offiziellen sofort zwei Fragen aufgeworfen: "Erstens, wo könnte sie eingerichtet werden, und zweitens, wie soll sie bezeichnet werden? Wenn 'Islamisches Emirat Afghanistan' über der Tür stehen soll, lehnen wir das ab. Es wurde bereits vorgeschlagen, ein 'Unterstützungsbüro der UNO' einzurichten, das die Taliban benutzen könnten."

"Wenn es die Afghanen in Kabul haben wollen, ist das o.k.," sagte der Offizielle. "Wenn sie es lieber in Katar hätten, ist uns das auch recht."

Die Entwicklung der letzten sechs Monate hat die US-Regierung veranlasst, ernsthafte Gespräche in Gange zu setzen, und sie in ihrem Glauben bestärkt, dass damit ein positives politisches Ergebnis zu erzielen ist, selbst wenn dazu noch jahrelang verhandelt werden muss.

Bei ihrem Treffen im November 2010 haben die NATO-Mitglieder, die sich an der aus 140.000 Soldaten bestehenden Koalitionstruppe beteiligen, Ende 2014 als Termin für den Abzug aller Kampftruppen festgelegt, weil sie alle unter großem wirtschaftlichem und politischem Druck stehen und den schon viel zu lange andauernden Krieg in Afghanistan beenden wollen. Es wurde gesagt, bis dahin sei die afghanische Armee groß und erfahren genug, um sich selbst um die Sicherheit ihres Landes kümmern zu können.

Obama hat bereits angekündigt, dass er im Juli 2011 mit dem Abzug der US-Truppen beginnen werde, die etwa zwei Drittel der internationalen Koalitionsarmee in Afghanistan stellen. Die durch das US-Haushaltsdefizit entstandene Krise, die dazu führte, dass bei den US-Wahlen im Herbst letzten Jahres mehr Defizit-Kritiker gewählt wurden, hat den politischen Druck auf die US-Regierung verstärkt, die pro Monat anfallenden Kosten von 10 Milliarden Dollar für den Afghanistan-Krieg zu reduzieren.

(US-)General David H. Petraeus, der Kommandeur aller Koalitionstruppen in Afghanistan, spricht von zunehmenden Fortschritten im Kampf gegen die Taliban im Süden des Landes, aber die Einschätzung des US-Militärs, die schweren Verluste die Taliban hätten ihre Bereitschaft zu Verhandlungen vergrößert, stößt auch auf Widerspruch. Offizielle der US-Geheimdienste haben eine andere Erklärung für die gewachsene Verhandlungsbereitschaft der Taliban; sie behaupten, weil viele Taliban-Kommandeure in Afghanistan hätten ersetzt werden müssen, befürchte die Taliban-Führung in Pakistan die Kontrolle über ihre Kämpfer zu verlieren und sei deshalb eher zu einem Deal bereit.

US-Offizielle ließen verlauten, der erfahrene Diplomat Marc Grossman, den die US-Regierung nach Richard C. Holbrookes Tod im Dezember als Sondergesandten für Afghanistan und Pakistan ernannt hat, sei vom Weißen Haus beauftragt worden, seine Bemühungen auf eine Verhandlungslösung zu konzentrieren.

Derzeit sind die Beziehungen zwischen den USA und Pakistan – der Hauptbasis der wichtigsten afghanischen Taliban-Gruppen – sehr belastet. Da zur Beendigung des

Afghanistan-Krieges die Kooperation Pakistans notwendig ist, hat Grossman in diesem Monat in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad dreiseitige Gespräche mit pakistanischen und afghanischen Spitzendiplomaten begonnen. Nach Auskunft von Offiziellen hat Grossman auch andere Staaten in der Region besucht, die an Gesprächen interessiert sind, darunter Indien und Saudi-Arabien; auch den Iran versuche man über Vermittler einzubeziehen.

Die US-Regierung hält die direkte Einbeziehung Pakistans in die Gespräche mit der Quetta Shura und anderen afghanischen Gruppen zum jetzigen Zeitpunkt für nicht erforderlich.

"Einige Unterhändler, die sich mit den Taliban getroffen haben, erklärten, die Aufständischen hätten auch deshalb den Wunsch nach einer eigenen Vertretung geäußert, weil sie sich einer Einflussnahme Pakistans entziehen wollten," teilte ein führender Vertreter der US-Regierung mit.

Der Korrespondent Joshua Partlow in Kabul und die Redakteurin Julie Tate in Washington haben zu diesem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel, der wichtige Informationen über laufende Verhandlungen zwischen den USA und den afghanischen Aufständischen enthält, die unsere Medien bisher weitgehend verschwiegen haben, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The Washington Post

U.S. speeds up direct talks with Taliban

By Karen DeYoung, Tuesday, May 17

The administration has accelerated direct talks with the Taliban, initiated several months ago, that U.S. officials say they hope will enable President Obama to report progress toward a settlement of the Afghanistan war when he announces troop withdrawals in July.

A senior Afghan official said a U.S. representative attended at least three meetings in Qatar and Germany, one as recently as "eight or nine days ago," with a Taliban official considered close to Mohammad Omar, the group's leader.

State Department spokesman Michael A. Hammer on Monday declined to comment on the Afghan official's assertion, saying the United States had a "broad range of contacts across Afghanistan and the region, at many levels. . . . We're not going to get into the details of those contacts."

The talks have proceeded on several tracks, including through nongovernmental intermediaries and Arab and European governments. The Taliban has made clear its preference for direct negotiations with the Americans and has proposed establishing a formal political office, with Qatar under consideration as a venue, according to U.S. officials.

An attempt to open talks with the insurgent group failed late last year when an alleged Taliban leader, secretly flown by NATO to Kabul, turned out to be a fraud. "Nobody wants to do that again," a senior Obama administration official said.

Other earlier meetings between Afghan government representatives and Taliban delegates faltered when the self-professed insurgents could not establish their bona fides as ge-

nuine representatives of the group's leadership.

But the Obama administration is "getting more sure" that the contacts currently underway are with those who have a direct line to Omar and influence in the Pakistan-based Quetta Shura, or ruling council, he heads, according to one of several senior U.S. officials who discussed the closely held initiative only on the condition of anonymity.

The officials cautioned that the discussions were preliminary. But they said "exploratory" conversations, first reported in February by the New Yorker magazine, have advanced significantly in terms of the substance and the willingness of both sides to engage.

Rumors of the talks have brought a torrent of criticism in recent weeks from Afghan President Hamid Karzai's political opponents, who say that he will ultimately compromise Afghan democracy. In one indication of U.S. eagerness to get negotiations moving, however, administration officials described the criticism in positive terms as evidence that Afghans were starting to take the idea of negotiations seriously.

The Taliban, one U.S. official said, is "going to have to talk to both the Afghans and the Americans" if the process is to proceed to the point that it would significantly affect the level of violence and provide what the Taliban considers an acceptable share of political power in Afghanistan.

Such an outcome is likely to be years away, officials said. They said that the United States has not changed its insistence that substantive negotiations be Afghan-led. "The Afghans have been fully briefed" on U.S.-Taliban contacts, an American official said, and "the Pakistanis only partially so."

Officials said representatives from the Haqqani network, a group of Afghan fighters based in Pakistan's North Waziristan tribal region whom the administration considers particularly brutal and irreconcilable, have had no part in the discussions.

Although U.S. officials have said that Osama bin Laden's killing by American commandos early this month could facilitate progress, initiation of the discussions predate bin Laden's death. During a Feb. 18 speech, Secretary of State Hillary Rodham Clinton said the United States and the Afghan government would no longer insist on a public break between the Afghan Taliban and al-Qaeda as a precondition for talks. Instead, such a declaration could be made at the end of negotiations.

The U.S. and Afghan governments also insist that any settlement process result in an end to Taliban violence and a willingness to conform to the Afghan constitution, including respect for the rights of women and minorities and the rule of law.

Asked what Obama hoped to announce in July, an official said the president would not offer details of any talks. "It would be something like this," the official said. " 'Here's my plan on troops, here's my overall vision for Afghanistan. The secretary [Clinton] said we were going to produce some diplomacy and laid out our desire to speak to the enemy. . . . I want to tell the American people . . . we're making that policy real.' "

The Taliban has transmitted its own list of demands, most of them long-standing, another official said. They include the release of up to 20 fighters detained at Guantanamo Bay, Cuba — eight of whom are thought to be designated "high value" by the United States and two of whom have been designated for trials by military commissions — withdrawal of all foreign troops from Afghanistan, and a comprehensive guarantee of a substantive Taliban role in the Afghan government.

The Taliban proposal of a formal office has raised two immediate questions, one U.S. official said. “One, where is it? Second, what do you call it? Does it say ‘Islamic Emirate of Afghanistan’ across the door? No. Some people say you can call it a U.N. support office and the Taliban can go sit there.’ ”

“If the Afghans want it in Kabul, that’s okay,” the official said. “If they would support it in Qatar, that’s fine.”

Events over the past six months have contributed to the administration’s determination to get substantive talks underway as well as its belief that a successful political outcome is possible, even if still years away.

In a November meeting, NATO contributors to the 140,000-troop coalition in Afghanistan — all under economic and political pressure to end the long-running war — set the end of 2014 as the deadline for a complete withdrawal of combat troops. By that time, they said, enough Afghan government forces would be recruited and trained to take over their country’s security.

Obama had announced that he would begin drawing down U.S. forces, who form about two-thirds of the international coalition in Afghanistan, in July. The U.S. budget crisis, which prompted the election of more deficit hawks last fall, brought increasing political pressure on the administration to decrease the \$10 billion monthly bill for the war.

On the ground in Afghanistan, Gen. David H. Petraeus, the coalition military commander, has cited increasing progress against Taliban fighters in the south, although there is some disagreement with the U.S. military’s conclusion that heavy losses have made the Taliban more amenable to negotiations. U.S. intelligence officials have offered a slightly different interpretation, saying that replacement commanders inside Afghanistan have made the Pakistan-based leadership nervous of losing control over its fighters and more anxious to make a deal.

Officials said senior diplomat Marc Grossman, who was appointed as the administration’s special representative to Afghanistan and Pakistan after Richard C. Holbrooke’s death in December, was told that the White House expected him to concentrate his efforts on a negotiated settlement.

At the same time, U.S. relations with Pakistan — the home base for the leading Afghan Taliban groups — have become increasingly frayed. The endgame in Afghanistan clearly requires Pakistani cooperation, and Grossman began trilateral discussions on the subject with top Afghan and Pakistani diplomats in Islamabad, the Pakistani capital, this month. Officials said that he has also visited other regional players interested in talks, including India and Saudi Arabia, and that Iran has been approached through intermediaries.

The administration now thinks that talks with the Quetta Shura and other groups do not necessarily require Pakistan’s cooperation.

“Some people who have met with the Taliban say that among the reasons [the insurgents] want to establish their own office is so they can get out from under the Pakistanis,” one senior administration official said.

Correspondent Joshua Partlow in Kabul and staff researcher Julie Tate in Washington contributed to this report.